

Niederschrift

über die Sitzung der Bezirksvertretung 3 - Lennep

am 11.10.2017

**um 17:35 Uhr bis 19:50 Uhr in Remscheid, Hilda-Heinemann-Schule,
Städt. Förderschule, Hackenberger Str. 117, 42897 Remscheid**

Anwesend sind:

Bezirksbürgermeister

Herr Markus Kötter

Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin

Frau Ursula Czulwik

Bezirksvertreter/innen

Herr Klaus Grunwald

Herr Rolf Haumann

Frau Corinna Hindrichs

Frau Katharina Janotta

Frau Gabriele Kemper-Heibutzki

Herr Roland Kirchner

Herr Dr. Heinz-Dieter Rohrweck

Frau Herta Rohrweck

Herr Luigi Valitutto

Beratende Mitglieder

Herr Thorsten Schwandt

von der Polizei

Herr Dirk Flick

Beigeordnete

Herr Thomas Neuhaus

Fachdezernat 2.00 - Bildung, Jugend, Soziales, Gesundheit und Sport

von der Verwaltung

Herr Werner Grimm

Fachdezernat 2.00 - Bildung, Jugend, Soziales, Gesundheit und Sport

Herr Andreas Huth

Fachdienst 0.12 - Stadtentwicklung, Wirtschaft und Liegenschaften

Herr Dietmar Klee

Projektkoordination DOC

Herr Frank Schulz

Fachdienst 0.12 - Stadtentwicklung, Wirtschaft und Liegenschaften

Herr Michael Zirngiebl

Technische Betriebe Remscheid

Schriftführer/in

Herr Hans-Ulrich Dattner

Tagesordnung

- | | | |
|-------------|---------|--|
| 1 | | Änderung / Erweiterung der Tagesordnung |
| 2 | | Niederschrift über die Sitzung vom 13.09.2017 |
| 3 | | Fragestunde für Einwohner |
| 3.1 | 15/4046 | Fragen zu Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der geplanten Ansiedlung eines Designer-Outlet-Centers (DOC) in Remscheid-Lennep |
| 4 | | Parkende Fahrzeuge vor Grundstückszugang in Hackenberg |
| 4.1 | 15/3800 | Parkende Fahrzeuge vor Grundstückszugang in Hackenberg |
| 4.2 | 15/3996 | Petition parkende Fahrzeuge vor Grundstückszugang Hackenberg 18 |
| 5 | | Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung |
| 5.1 | 15/3917 | Materialproben und Visualisierungen der Planungen DOC: Wann ist es endlich soweit?
- Anfrage der CDU-Fraktion |
| 5.2 | 15/4035 | Zukunft des Seniorentreffs Hardtpark
- Anfrage der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung 3 - Lennepe vom 28.09.2017 |
| 5.3 | 15/4059 | "Taubenplage" in der Lennep Altstadt
- Anfrage von Frau BV Kemper-Heibutzki |
| 6 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 7 | | Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung |
| 8 | | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung |
| 9 | | Anträge von Bezirksvertreter/-innen, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung |
| 9.1 | 15/3959 | Erweiterung/Aufstockung für P+R Parkplätze
- Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Ratsgruppe und der WiR-Ratsgruppe |
| 9.2 | 15/3999 | Einrichtung einer Fahrradstation am Lennep Bahnhof prüfen
- Antrag von Frau BV Kemper-Heibutzki |
| 10 | | Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung - Teil 1 - |
| 10.1 | | Zukünftige Nutzung des leer stehenden Gebäudes (ehem. Möbelhaus) an der Straße Am Bahnhof
- Anfrage Herr Grunwald |

- 10.2** Sammlung von Elektroschrott durch die Technischen Betriebe Remscheid
- Anfrage Herr Valitutto
- 10.3** Betreuung des Rosengartens im Kleinen Hardtpark
- Anfrage Herr Valitutto
- 11** Baumentfernungen im Zuge der Straßen- und Kanalbaumaßnahme Ringstraße (zwischen Hackenberger Str. und Schwelmer Str.) sowie der Kreuzung Wupperstraße/Am Stadion
- 11.1** 15/4052 Fällung erst nach Bestandskraft des B-Planes 657 beschließen
- Antrag von Herrn RM Schwandt
- 11.2** 15/3998 Baumentfernungen im Zuge der Straßen- und Kanalbaumaßnahme Ringstraße (zwischen Hackenberger Str. und Schwelmer Str.) sowie der Kreuzung Wupperstraße/Am Stadion
- 12** 15/3918 Umgestaltung und Bebauung von Grünanlagen auf dem Grundstück Gemarkung 3629 Fünfzehnhöfe Flur 1 Flurstück 558 zwecks Errichtung einer Kindertagesstätte
- 13** 15/3941 Drittes Beteiligungsverfahren zur Erarbeitung des Regionalplanes Düsseldorf (RPD)
hier: Sachstandsinformation und Stellungnahme der Stadt Remscheid
- 14** 15/3962 Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE "Verödung der Innenstadt von Lennep entgegenwirken" (Drucksache 15/3724)
- 15** 15/3963 7. Änderung des Flächennutzungsplans - Gebiet östlich Bahnhof Lennep
1. Entscheidung über die eingereichten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB) sowie der Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)
2. Erneuter Offenlagebeschluss (§ 4a Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB)
- 16** 15/3879 Aktivitäten des Stadtmarketing
- 17** 15/3976 Instandsetzung Spielplatz Lennepbachtal - Entwurfsplanung
- 18** Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung - Teil 2 -
- 18.1** Jahresabschlussveranstaltung des Bühnenbeirates der Lenneper Altstadtbühne
- Mitteilung Herr Kötter

1. **Änderung / Erweiterung der Tagesordnung**

Der Bezirksvertretung liegen per Nachtrag zugestellt die Drucksache 15/4046 vom 05.10.2017, die Drucksache 15/4035 vom 28.09.2017 und die Drucksache 15/3976 vom 25.09.2017 zur Beratung vor.

Des Weiteren liegen der Bezirksvertretung per Tischvorlage eingebracht die Drucksache 15/4059 vom 10.10.2017 und die Drucksache 15/4052 vom 06.10.2017 zur Beratung vor.

Herr Kötter lässt daraufhin über die Aufnahme des neu angemeldeten Punktes (Drucksache 15/3976 vom 25.09.2017) in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um den Punkt

- 15/3976
Instandsetzung Spielplatz Lennepebachtal - Entwurfsplanung

erweitert.

Im Übrigen nimmt die Bezirksvertretung die Tagesordnung zur Kenntnis.

2. **Niederschrift über die Sitzung vom 13.09.2017**

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

3. **Fragestunde für Einwohner**

3.1. **Fragen zu Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der geplanten Ansiedlung eines Designer-Outlet-Centers (DOC) in Remscheid-Lennep Vorlage: 15/4046**

Der Fragesteller trägt seine der Bezirksvertretung bereits in Schriftform vorliegenden Fragen noch einmal vor wie folgt:

Auf der Internetseite „doc-remscheid.de“ wird der 02.01.2018 als Baubeginn für das DOC genannt. Rein juristisch ist der Investor durch die erteilte Baugenehmigung dazu berechtigt. Allerdings gibt es eine Vereinbarung zwischen der Stadt Remscheid und dem Investor, erst mit dem Bau zu beginnen, wenn Bestandskraft besteht.

Wird die Stadt Remscheid gegenüber dem Investor auf Einhaltung dieser Vereinbarung bestehen, sollte dieser vor Erreichen der Bestandskraft mit dem Bau beginnen?

Für mich als Bürger verwunderlich, wie zurzeit die vielen Baustellen in Lennep ohne Bauzeitenplan koordiniert werden können.

Warum wurde der Bauzeitenplan noch nicht veröffentlicht, obwohl es mittlerweile einen, aus dem städtischen Haushalt bezahlten, DOC-Projektkoordinator gibt?

Werden die Mehrkosten für die „DOC-berücksichtigenden“ Baumaßnahmen auch vom Investor übernommen, wenn das DOC vor Gericht scheitert?

Wird die KGS Am Stadion vor Erreichen der Bestandskraft abgerissen?

Sind weitere Baumfällungen vor Erreichen der Bestandskraft geplant?

Wird der Ausbau der Kreuzung Wupperstraße / Am Stadion vor Erreichen der Bestandskraft durchgeführt?

Wird der Ausbau der Straße Am Stadion vor Erreichen der Bestandskraft durchgeführt?

Herr Bezirksbürgermeister Kötter antwortet sinngemäß wie folgt:

Auf der Internetseite sei der 02.01.2018 als **voraussichtlicher** Baubeginn auf Basis des Kenntnisstandes aus 2016 genannt. Eine Anpassung der Angaben werde zzt. vorbereitet. Es gebe keine Vereinbarung zwischen der Stadt Remscheid und dem Investor, mit dem Bau des DOC erst nach Bestandskraft des Bebauungsplanes 657 zu beginnen. Lediglich die Zahlung des Kaufpreises sei nach dem Kaufvertrag spätestens in diesem Zeitpunkt fällig. Wenn der Investor mit dem Bau des DOC vor Erreichen der Bestandskraft des Bebauungsplanes beginnen wolle, müsse dazu die Zustimmung des Rates der Stadt vorliegen. Ob eine solche erfolge, werde abhängig von den in diesem Zusammenhang mit dem Investor zu treffenden Vereinbarungen sein.

Der lt. städtebaulichen Vertrag mit dem Investor abzustimmende Bauzeitenplan solle eine zeitgleiche Fertigstellung von DOC und der dazu notwendigen Infrastrukturmaßnahmen sicherstellen. Dabei seien insbesondere die verkehrlichen und erschließungstechnischen Belange im Einvernehmen mit Polizei, Feuerwehr und Straßenverkehrsbehörde zu berücksichtigen. Die Abstimmung berühre damit nicht alleine die von der Stadt, sondern auch die vom Investor durchzuführenden Baumaßnahmen. Insofern habe man gemeinsam mit dem Investor die einzelnen Baumaßnahmen unter Berücksichtigung der v.g. Belange im Einzelnen betrachten und mit ihren jeweiligen Voraussetzungen und Abhängigkeiten im Detail einplanen müssen. Derzeitig werde der zum 30.09.2017 zwischen Stadt und Investor abgestimmte Bauzeitenplan für eine Veröffentlichung vorbereitet.

Im Übrigen: Ein kausaler Zusammenhang zwischen dem Projektkoordinator und der Veröffentlichung eines Bauzeitenplanes bestehe nicht!

Die von der Stadt Remscheid derzeit umgesetzten Maßnahmen dienen zum einen der Verbesserung der städtischen Infrastruktur (Kanal und Straße) und zum anderen der besseren Ausnutzbarkeit der städtischen Grundstücke im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 657. Diese Maßnahmen seien daher auch ohne ein späteres DOC sinnvoll und für die Umsetzung einer Bebauung im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 657 notwendig. Im Bereich der Straßeninfrastruktur würden derzeit im Wesentlichen Maßnahmen durchgeführt, die dem Umbau der Kreuzung Ringstraße/Rader Str. dienen bzw. diese vorbereiten. Der Umbau der Kreuzung sei auch ohne den Bau des DOC vorgesehen gewesen.

Die Durchführung von Teilmaßnahmen des Straßenbaus im Bereich der Ringstraße zwischen Hackenberger Str. und Schwelmer Str. stehe in Zusammenhang mit der hier geplanten Kanalbaumaßnahme.

Der Abriss der KGS Am Stadion vor Erreichen der Bestandskraft des Bebauungsplans sei zurzeit nicht vorgesehen, könne aus heutiger Sicht aber auch nicht ausgeschlossen werden.

Neben den bislang in der Bezirksvertretung beschlossenen oder heute zum Beschluss vorgelegten Baumfällungen seien für die Straßeninfrastruktur noch Baumfällungen im Bereich der geplanten Aufweitung der Ringstraße zwischen Röntgenstraße und Rader Straße erforderlich. Da für die notwendigen Baumfällungen nur ein Zeitfenster zwischen November und Februar zur Verfügung stehe seien weitere Baumfällungen in diesem Bereich zum Erhalt der Handlungsfähigkeit auch vor Erreichen des Eintritts der Bestandskraft nicht auszuschließen.

Über den Ausbau des Straßenumrings (Am Stadion/Spielberggasse/Mühlenstraße) sei mit dem Investor ein Ausbauevertrag abgeschlossen worden. Die Durchführung des Straßenausbaus sei hierbei nicht an die Bestandskraft des Bebauungsplanes Nr. 657 gebunden. Der Investor könne somit den Ausbau bereits vor der Bestandskraft des Bebauungsplanes beginnen. Im Zuge des Ausbaus des Straßenumrings werde der Kreuzungsbereich Am Stadion/Wupperstraße als erster Bauabschnitt ausgebaut.

4. Parkende Fahrzeuge vor Grundstückszugang in Hackenberg

4.1. Parkende Fahrzeuge vor Grundstückszugang in Hackenberg Vorlage: 15/3800

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

4.2. Petition parkende Fahrzeuge vor Grundstückszugang Hackenberg 18 Vorlage: 15/3996

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

5. Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

5.1. Materialproben und Visualisierungen der Planungen DOC: Wann ist es endlich soweit? - Anfrage der CDU-Fraktion Vorlage: 15/3917

Herr Huth greift die vorliegende Anfrage noch einmal auf und beschreibt in einer Präsentation die für das geplante Designer-Outlet-Center (DOC) vorgesehenen inneren und äußeren Gestaltungselemente und -merkmale. Hierbei geht Herr Huth auf Details näher ein und zeigt im Einzelnen auf, wo und welche Präzisierungen, Ergänzungen und Anpassungen zu Umsetzung und Gestaltung des DOC gegenüber der der Bezirksvertretung Ende vergangenen Jahres vorgestellten Planung im Zuge der weiteren Ausführungsplanung vorgenommen worden und in die zwischenzeitlich erteilte Baugenehmigung mit eingeflossen sind.

Die Darstellungen der Präsentation zu Gestaltungsfragen des DOC werden als **Anlage 1** zur Niederschrift genommen.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen der Verwaltung nach Aussprache zur Kenntnis.

**5.2. Zukunft des Seniorentreffs Hardtpark
- Anfrage der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung 3 - Lennep vom
28.09.2017
Vorlage: 15/4035**

Frau Czulwik führt zu vorliegender Anfrage ergänzend aus, dass die Seniorinnen und Senioren, die bisher den Seniorentreff im Hardtpark besucht hätten, ihres Wissens inzwischen – vorübergehend? – eine neue Bleibe beim AWO Ortsverein Lennep-Lüttringhausen im Haus Mollplatz 3 gefunden hätten. Da dieses Gebäude – so das Ergebnis ihrer Inaugenscheinnahme – nach ihrer Einschätzung doch stark renovierungsbedürftig sei, richtet Frau Czulwik ergänzend die Frage an die Verwaltung, ob und gegebenenfalls welche baulichen Maßnahmen zu seiner Instandsetzung geplant sind.

Herr Schulz nimmt zu der Anfrage Stellung und bestätigt zunächst, dass die Seniorengruppe wie von Frau Czulwik beschrieben vom Hardtpark zur AWO am Mollplatz umgezogen sei und sich hier auch nach seiner Kenntnis gut aufgenommen fühle. Wie Herr Schulz weiter ausführt, sei das Gebäude Mollplatz 3 vor kurzem in die Zuständigkeit der Liegenschaftsverwaltung übergegangen und daraufhin in die Verwaltung der GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid weiter übertragen worden. In einer ersten gemeinsamen Gebäude-Bestandsaufnahme habe man einen gewissen Handlungsbedarf festgehalten, die entsprechenden Instandsetzungsarbeiten würden nun von Seiten der GEWAG nach und nach beauftragt werden.

Die Frage, was mit dem Gebäude im Hardtpark passiere, könne die Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend beantworten. Hierzu werde die Verwaltung der Bezirksvertretung zu gegebener Zeit noch weiter berichten.

Herr Neuhaus fasst ergänzend noch einmal die jüngste Historie des Seniorentreffs Hardtpark zusammen und bestätigt auf Nachfrage, dass man die Seniorinnen und Senioren, nachdem ihre Zusammenkünfte für die Zukunft in Frage gestellt gewesen seien, in die Überlegungen zu möglichen Alternativlösungen aktiv mit eingebunden habe.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.3. "Taubenplage" in der Lenneper Altstadt
- Anfrage von Frau BV Kemper-Heibutzki
Vorlage: 15/4059**

Frau Kemper-Heibutzki fasst den Hintergrund der vorliegenden Anfrage noch einmal kurz zusammen.

Herr Zirngiebl nimmt zu der Anfrage Stellung und führt hierzu aus, dass man die Tauben nach herrschender Meinung nur vergrämen könne, indem man ihnen jegliche Futterquelle entziehe und alle Aufenthaltsmöglichkeiten am oder im Haus beispielsweise durch eine Taubenabwehranlage verschließe. Hier seien also die Hauseigentümer aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Die Verwaltung könne hier nur entsprechende Empfehlungen geben, für eine Verpflichtung fehle die ordnungsrechtliche Grundlage. Darüber hinaus

sei aber auch jeder Bürger aufgefordert, das bestehende Fütterungsverbot konsequent zu beachten und einzuhalten.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

Mitteilungen der Verwaltung gemäß Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

7. Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

8. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

9. Anträge von Bezirksvertreter/-innen, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

**9.1. Erweiterung/Aufstockung für P+R Parkplätze
- Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Ratsgruppe und der WiR-Ratsgruppe
Vorlage: 15/3959**

Frau Czulwik fasst die mit vorliegendem Antrag verfolgte Intention der Antragsteller noch einmal zusammen.

Herr Kötter regt an ergänzend mit aufzunehmen, dass die Verwaltung bei einer von ihr im Zuge der Prüfung gegebenenfalls in Betracht gezogenen Erweiterung der P+R Parkplätze am Bahnhof Lennep in Form eines Parkhauses oder einer Parkpalette in jedem Falle einen Wasseranschluss mit in die Überlegungen aufnehmen möge.

Herr Kötter stellt daraufhin den – wie vorstehend mündlich ergänzten – Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 – Lennep empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die baurechtlichen und städtebaulichen Voraussetzungen für eine Aufstockung bzw. Erweiterung der P+R Parkplätze an den Bahnhöfen Güldenwerth, Lennep und Lüttringhausen sollen geprüft werden.
2. Für die Herstellung und/oder Nutzung der betreffenden Flächen als P+R-Parkplatz soll zudem eine überschlägige Kostenschätzung angestellt und eine mögliche Finanzierung, ggf. unter Einbeziehung von Fördermitteln, geprüft werden.
- 3. Bei einer in Betracht kommenden Erweiterung der P+R Parkplätze am Bahnhof Lennep in Form eines Parkhauses oder einer Parkpalette soll auf jeden Fall ein Wasseranschluss vorgesehen und in die Prüfung mit einbezogen werden.**

**9.2. Einrichtung einer Fahrradstation am Lennep Bahnhof prüfen
- Antrag von Frau BV Kemper-Heibutzki
Vorlage: 15/3999**

Frau Kemper-Heibutzki legt ihre mit vorliegendem Antrag verfolgte Intention noch einmal zusammenfassend dar.

Herr Kötter ruft in diesem Zusammenhang in Erinnerung, dass die Bezirksvertretung seinerzeit auf die ursprünglich im nördlichen Bereich des Gewerbegebietes Bahnhof Lennep für die Fortführung des Rad- und Fußweges „Balkantrasse“ vorgehaltene Radwegfläche verzichtet habe, um eine optimale und damit kostengünstige Platzierung des damals noch an dieser Stelle vorgesehenen Feuerwehrgerätehauses zu ermöglichen. Im Zuge der weiteren Überlegungen und Planungen sei aber bekanntlich für das Feuerwehrgerätehaus ein anderer Standort im südlichen Teil des Gewerbegebietes ausgewählt worden. Damit sei aber nach seinem Verständnis zugleich auch die Grundlage für den damaligen Verzicht auf die Radwegfläche wie beschrieben entfallen.

Vor diesem Hintergrund richtet Herr Kötter die Bitte an die Verwaltung, der Bezirksvertretung die Angelegenheit der Fortführung des momentan noch am Bahnhof Lennep endenden Rad- und Fußweges „Balkantrasse“ bis zur Blume noch einmal zur Beratung vorzulegen.

Herr Zirngiebl greift die Anregung auf und kündigt hierzu für eine folgende Sitzung eine entsprechende Berichterstattung der Verwaltung an.

Herr Haumann weist an dieser Stelle darauf hin, dass der Rat der Stadt der Verwaltung bereits am 30.06.2016 per einstimmig gefassten Beschluss den Prüfauftrag für die Einrichtung einer Radstation am Bahnhof Lennep erteilt habe.

Herr Haumann zitiert diesen Ratsbeschluss wie folgt:

(Zitat Anfang)

1. Die Stadtverwaltung setzt sich, unter Berücksichtigung von Fördermitteln, verstärkt für den Ausbau und die Verbesserung der Fuß- und Radwegeverbindungen ein. Besonders wichtig ist dabei die Verlängerung der Balkantrasse Richtung Lüttringhausen und Richtung Müngsten.
2. Die Verwaltung prüft die Einrichtung einer Radstation am Bahnhof Lennep. Im Zusammenhang wird ein Konzept für ausleihbare Cityfahrräder (auch E-Bikes/Pedelecs), z.B. durch Sponsoring und/oder öffentlich geförderte Beschäftigung.

(Zitat Ende)

Wie Herr Haumann hierzu feststellt, habe die Verwaltung seines Wissens über zumindest erste Ergebnisse zu diesem Prüfauftrag bisher noch nicht berichtet, so dass er davon ausgehe, dass man in dieser Angelegenheit noch nicht wesentlich weitergekommen ist. Herr Haumann schlägt deshalb vor, den vorliegenden Antrag von Frau Kemper-Heibutzki zu ergänzen und eine Erinnerung an diesen vom Rat der Stadt erteilten Auftrag an die Verwaltung wie zitiert mit aufzunehmen und hierauf Bezug zu nehmen.

Herr Kötter stellt daraufhin den – von Herrn Haumann wie vorstehend mündlich ergänzten – Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob am Lenneper Bahnhof eine bewachte Fahrradstation nach niederländischem Vorbild (<https://www.radstation-nrw.de/die-idee.html>) eingerichtet werden könnte. Hierzu möge die Verwaltung zunächst die entsprechenden und für einen Beschluss nötigen Informationen - zum Beispiel über das Förderprogramm - einholen und diesem Gremium zeitnah vorlegen.

Hierbei erinnert die Bezirksvertretung die Verwaltung an den ihr vom Rat der Stadt am 30.06.2016 per einstimmig gefassten Beschluss erteilten, wie folgt lautenden Auftrag und knüpft insoweit an diesen an:

1. *Die Stadtverwaltung setzt sich, unter Berücksichtigung von Fördermitteln, verstärkt für den Ausbau und die Verbesserung der Fuß- und Radwegeverbindungen ein. Besonders wichtig ist dabei die Verlängerung der Balkantrasse Richtung Lüttringhausen und Richtung Müngsten.*
2. *Die Verwaltung prüft die Einrichtung einer Radstation am Bahnhof Lennep. Im Zusammenhang wird ein Konzept für ausleihbare Cityfahrräder (auch E-Bikes/Pedelecs), z.B. durch Sponsoring und/oder öffentlich geförderte Beschäftigung.*

10. Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung - Teil 1 -

10.1. Zukünftige Nutzung des leer stehenden Gebäudes (ehem. Möbelhaus) an der Straße Am Bahnhof - Anfrage Herr Grunwald

Herr Grunwald nimmt Bezug auf die jüngste Presseberichterstattung über im Raum stehende Überlegungen und Planungen eines Investors, das an der Straße Am Bahnhof gelegene, seit geraumer Zeit leer stehende Gebäude (ehemaliges Möbelhaus) abzurechen und an gleicher Stelle ein Wohngebäude zu errichten und bittet die Verwaltung um Auskunft, wie weit sie diese Meldung bestätigen kann.

So die Meldung zutreffen sollte bittet Herr Grunwald die Verwaltung zugleich um Berichterstattung darüber, ob und inwieweit die erwähnten Bebauungsabsichten inzwischen konkretisiert worden sind und ob hierzu unter Umständen sogar schon ein Bebauungs- und Nutzungskonzept – wenn ja welches? – entwickelt worden ist.

10.2. Sammlung von Elektroschrott durch die Technischen Betriebe Remscheid - Anfrage Herr Valitutto

Herr Valitutto richtet die Frage an die Technischen Betriebe Remscheid (TBR), warum sie beispielsweise im Zuge der Sperrmüllabfuhr nicht auch Elektro- und Elektronikgeräte wie Kühlschränke oder Fernsehgeräte gesondert erfassen und abholen, sondern dies – so sein Kenntnisstand – Dritten überlassen.

Herr Zirngiebl stellt hierzu fest, dass besagter Elektroschrott sehr wohl von den TBR über den Antrag auf Sperrmüllabfuhr und nicht von Fremdunternehmen eingesammelt und verwertet werde. Hierbei sei allerdings eine Abholung aus der Wohnung aus versicherungstechnischen Gründen nicht möglich.

Zwar könne auch trotz individueller Festlegung von Abfuhrterminen und –routen nicht völlig ausgeschlossen werden, dass Elektro- und Elektronikgeräte wie beschrieben durch professionelle Entrümpelungsunternehmen eingesammelt werden. Dies sei aber ausdrücklich eine rechtswidrige Handlung, gegen die die TBR auch vorgehen würden. So habe man auch schon das ein oder andere Sammelfahrzeug mit Unterstützung der Polizei zum Entladen des eingesammelten Elektroschrotts zum Wertstoffhof gebeten.

10.3. Betreuung des Rosengartens im Kleinen Hardtpark - Anfrage Herr Valitutto

Herr Valitutto berichtet von seinem Gespräch, das er kürzlich mit den Damen, die die Rosenbeete im Kleinen Hardtpark betreuen und pflegen, geführt habe. In diesem Gespräch habe man zu erkennen gegeben, dass man sich bei dem Bemühen, die Rosenstöcke zu pflegen und zu erhalten und so positiv Einfluss zu nehmen auf das äußere Erscheinungsbild des Kleinen Hardtparks, von Politik und Verwaltung doch ein wenig mehr Anerkennung und Unterstützung wünsche.

Herr Valitutto regt deshalb an, den Wunsch und die Bitte an den Oberbürgermeister heran zu tragen, den Bürgerinnen und Bürgern für ihr Engagement rund um den Rosengarten im Kleinen Hardtpark im Namen von Rat und Verwaltung einmal offiziell Dank und Anerkennung auszusprechen.

Herr Dr. Rohrweck ruft an dieser Stelle in Erinnerung, dass er die Vorsitzende des Vereins zur Förderung der Rosenkultur des Bergischen Landes Solingen, gegr. 1877 e.V. bereits Anfang 2014 zum Bürgerempfang eingeladen habe, um ihr und den weiteren Vereinsmitgliedern in aller Öffentlichkeit im Namen der gesamten Bezirksvertretung offiziell Dank zu sagen für ihr Engagement und ihren großartigen Einsatz zum Erhalt des Rosengartens im Kleinen Hardtpark.

Herr Zirngiebl greift die Anregung von Herrn Valitutto auf und sagt zu, diese an den Oberbürgermeister weiterzugeben.

11. Baumentfernungen im Zuge der Straßen- und Kanalbaumaßnahme Ringstraße (zwischen Hackenberger Str. und Schwelmer Str.) sowie der Kreuzung Wupperstraße/Am Stadion

Herr Schwandt erläutert, warum er sich mit seinem vorliegenden Antrag gegen eine sofortige Baumentfernung und vielmehr dafür ausspricht, die Entscheidung der Bezirksvertretung hierüber erst nach Bestandskraft des Bebauungsplanes Nr. 657 herbeizuführen.

Herr Zirngiebl stellt daraufhin in einer Präsentation die von den Technischen Betrieben Remscheid (TBR) geplanten Baumaßnahmen (neuer Mischwasserkanal und Straßenausbau) und die in diesem Zusammenhang vorgesehenen Baumentfernungen im Einzelnen vor. Hierbei legt Herr Zirngiebl auch dar, warum die TBR die Zurückstellung einer Entscheidung der Bezirksvertretung über die in Rede stehenden Baumentfernungen wie beantragt nicht befürworten.

Nach Aussprache stellt Herr Kötter zunächst den Antrag von Herrn Schwandt und – auf Grund des Abstimmungsergebnisses hierzu – im Anschluss den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

(siehe hierzu auch die Punkte 11.1. und 11.2.)

**11.1. Fällung erst nach Bestandskraft des B-Planes 657 beschließen
- Antrag von Herrn RM Schwandt
Vorlage: 15/4052**

(Beratung hierzu siehe Punkt 11.)

Abstimmungsergebnis:

Ja 1 Nein 10 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lennep beschließt über die in der Beschlussvorlage DS 15/3998 beschriebene Fällung von 58 Bäumen an der Wupperstr., sowie Hackenberger und Schwelmer Str. erst nach Bestandskraft des B-Planes 657.

(Auf Grund des Abstimmungsergebnisses ist der Antrag abgelehnt.)

**11.2. Baumentfernungen im Zuge der Straßen- und Kanalbaumaßnahme Ringstraße (zwischen Hackenberger Str. und Schwelmer Str.) sowie der Kreuzung Wupperstraße/Am Stadion
Vorlage: 15/3998**

(Beratung hierzu siehe Punkt 11.)

Die der Drucksache 15/3998 beigefügten Anlagen – dies sind ein Lageplan mit Kennzeichnung der von der Baumaßnahme Ringstraße betroffenen Bäume, ein Lageplan mit Kenn-

zeichnung der von der Baumaßnahme Wupperstraße – Am Stadion betroffenen Bäume, eine Auflistung der hiervon unter die Baumschutzsatzung fallenden Bäume, ein Lageplan mit zeichnerischer Darstellung der Standorte für die geplanten Ersatzpflanzungen auf einem an der Ringstraße gelegenen Grundstück – werden als **Anlage 2.1** zur Niederschrift genommen.

Die Darstellungen der Präsentation „Baumfällungen an der Ringstraße zwischen Hackenberger Str. und Schwelmer Str.“ werden als **Anlage 2.2** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 1 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lennep beschließt gemäß Abschnitt 10.6.1 Buchstabe b) der Hauptsatzung und gemäß § 6 Abs. 4 der Baumschutzsatzung

1. die Entfernung von 28 Laubbäumen im Verlauf der Ringstraße zwischen der Hackenberger Str. und der Schwelmer Str.,
2. die Entfernung von 2 Laubbäumen im Bereich der Kreuzung Wupperstraße/Am Stadion.

12. Umgestaltung und Bebauung von Grünanlagen auf dem Grundstück Gemarkung 3629 Fünfzehnhöfe Flur 1 Flurstück 558 zwecks Errichtung einer Kindertagesstätte Vorlage: 15/3918

Herr Grimm fasst noch einmal die Kernpunkte des Projekts zum Ausbau der Kindertagesbetreuung in Einrichtungen in Remscheid zusammen und stellt im Ergebnis der für den Stadtbezirk Lennep bisher durchgeführten Untersuchungen von Flächen, die unter bauplanungsrechtlichen wie auch unter bedarfsorientierten Gesichtspunkten beurteilt für die Errichtung einer neuen Kindertagesstätte grundsätzlich in Frage kommen könnten, das hier angesprochene, an der Hackenberger Straße gelegene Grundstück vor. Hierbei weist Herr Grimm allerdings darauf hin, dass mit dieser Fläche allein der beschriebene Bedarf an Kita-Plätzen noch nicht gedeckt werden könne, so dass noch weitere Untersuchungen durchzuführen seien. Im Anschluss an seine Ausführungen steht Herr Grimm der Bezirksvertretung für Fragen zur Verfügung.

Im Verlauf der Beratung richtet Herr Kötter die Bitte an die Verwaltung, der Bezirksvertretung zu gegebener Zeit die entsprechenden Pläne für ein Bauvorhaben zur Errichtung einer Kindertagesstätte auf dem in Rede stehenden Grundstück vorzustellen bzw. vorstellen zu lassen.

Nach Aussprache stellt Herr Kötter den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Unter der Voraussetzung der Errichtung einer mehrgruppigen Kindertageseinrichtung wird der Umgestaltung und Bebauung der Grünanlage auf dem städtischen Grundstück Gemarkung 3629 Fünfzehnhöfe Flur 1 Flurstück 558 Ecke Hackenberger Straße/Hackenbergr zugestimmt.

**13. Drittes Beteiligungsverfahren zur Erarbeitung des Regionalplanes Düsseldorf (RPD)
hier: Sachstandsinformation und Stellungnahme der Stadt Remscheid
Vorlage: 15/3941**

Herr Huth stellt anhand einer Präsentation der Drucksache als Anlage bereits beigefügten zeichnerischen Darstellungen die in Rede stehenden Änderungen des Regionalplanes Düsseldorf noch einmal vor und geht hierbei auf Details näher ein.

Nach Aussprache stellt Herr Kötter den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Die in der Begründung der Drucksache 15/3941 enthaltene Stellungnahme der Stadt Remscheid zum Entwurf des Regionalplanes Düsseldorf wird als **Anlage 3** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 9 Nein 2 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 – Lennep empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stellungnahme zur dritten Auslegung des Regionalplanentwurfs (RPD) – im Begründungstext unter 2. Stellungnahme der Stadt Remscheid – wird beschlossen.

**14. Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE "Verödung der Innenstadt von Lennep entgegenwirken" (Drucksache 15/3724)
Vorlage: 15/3962**

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

15. **7. Änderung des Flächennutzungsplans - Gebiet östlich Bahnhof Lennep**
1. Entscheidung über die eingereichten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB) sowie der Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)
2. Erneuter Offenlagebeschluss (§ 4a Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB)
Vorlage: 15/3963

Herr Kötter stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Die der Drucksache 15/3963 beigefügten Anlagen – dies sind der Ergebnisbericht über die Behördenbeteiligung im Rahmen der 1. Offenlage gem. § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB, der zeichnerische Plan-Teil der 7. Flächennutzungsplanänderung – Gebiet östlich Bahnhof Lennep – zur 2. Offenlage, der Begründungsentwurf der 7. Flächennutzungsplanänderung einschließlich Umweltbericht – Gebiet östlich Bahnhof Lennep – zur 2. Offenlage, die bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen zur 7. Flächennutzungsplanänderung – Gebiet östlich Bahnhof Lennep – werden **Anlage 4** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 – Lennep empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Entscheidung über die eingereichten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB) sowie der Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)

Über die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend dem als Anlage 1 beigefügten Ergebnisbericht entschieden.

Die Betroffenen sind zu unterrichten.

2. Erneuter Offenlagebeschluss (§ 4a Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB)

Der Planentwurf zur 7. Änderung des Flächennutzungsplanes – Gebiet östlich Bahnhof Lennep – wird mit dem Begründungsentwurf und den wesentlichen bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen (Anlagen 2, 3 und 4) für die Dauer eines Monats erneut öffentlich ausgelegt.

Ortsüblich bekannt zu machen sind

- der Offenlagebeschluss zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans,
- Ort und Dauer der Auslegung,
- Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie der Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über die Flächennutzungsplanänderung unberücksichtigt bleiben können, sowie ein Hinweis,

dass eine Vereinigung im Sinne des § 4 Abs. 3 Satz 1 Nummer 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes in einem Rechtsbehelfsverfahren nach § 7 Abs. 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes gemäß § 7 Abs. 3 Satz 1 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes mit allen Einwendungen ausgeschlossen ist, die sie im Rahmen der Auslegungsfrist nicht oder nicht rechtzeitig geltend gemacht hat, aber hätten geltend machen können.

**16. Aktivitäten des Stadtmarketing
Vorlage: 15/3879**

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

**17. Instandsetzung Spielplatz Lennepebachtal - Entwurfsplanung
Vorlage: 15/3976**

Herr Kötter stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Der der Drucksache 15/3976 beigefügte Plan mit einer zeichnerischen Darstellung der einzelnen Elemente der von der Verwaltung vorgeschlagenen Instandsetzung des Spielplatzes Lennepebachtal wird als **Anlage 5** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Kinderspielplatz Lennepebachtal wird gemäß der in der Anlage dargestellten Entwurfsplanung instand gesetzt.

18. Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung - Teil 2 -

**18.1. Jahresabschlussveranstaltung des Bühnenbeirates der Lenneper Altstadt-
bühne
- Mitteilung Herr Kötter**

Herr Kötter gibt an dieser Stelle bekannt, dass Herr Brockmann die Mitglieder der Bezirksvertretung im Namen des Bühnenbeirates der Lenneper Altstadtbühne für **Mittwoch**, den **06.12.2017** zur **Jahresabschlussveranstaltung des Bühnenbeirates** in das **Restaurant König von Preußen** eingeladen habe.

gez.

Markus Kötter
Bezirksbürgermeister

gez.

Hans-Ulrich Dattner
Geschäftsführer